

Vorwort des Herausgebers

Mit diesem "Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik" wird ein Ende 1997 begonnener Versuch fortgesetzt. Aus dem damals erschienenen "Österreichischen Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik" – das bereits sehr stark auch an europäischen und weltweiten Problemen orientiert war – wurde ein übernationales Jahrbuch, das sich in erster Linie an den deutschsprachigen Leser wendet, wobei im Sinne größerer Internationalität – die Autoren stammen aus elf Ländern, wengleich natürlich deutsche Autoren dominieren – auch einige englische Beiträge aufscheinen.

Ein so eindeutiger Schwerpunkt europäischer Sicherheitspolitik, wie es vor noch einem Jahr die NATO-Erweiterung war, ist derzeit nicht zu identifizieren. Europäische Verteidigungsidentität, die Entwicklung Rußlands und der Ukraine, die Entwicklung der NATO selbst und der transatlantischen Beziehungen sowie die EU-Erweiterung sind Hauptthemen, die von "Wachstumsproblemen", wie der sicherheitspolitischen Situation im Mittelmeerraum und der künftigen Position der Türkei (in oder) gegenüber Europa, der Weiterentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen und überhaupt der künftigen Außenpolitik und Rolle Deutschlands in Europa "angereichert" werden. Im Hinblick auf deutschsprachige Leser wird auch der sicherheitspolitischen Entwicklung in Österreich und der Schweiz Platz eingeräumt.

Der Wettlauf um wirtschaftlichen Einfluß in der Großregion Kaspisches Meer (Kaukasus/Zentralasien), insbesondere zur Sicherung künftiger Öl- und Gasressourcen, zeigt die enge Verknüpfung von Wirtschaft und Sicherheitspolitik. Die Entwicklung im Fernen Osten schließlich wird die Beziehungen der Großmächte untereinander (möglicherweise neu) regeln und die Atomtests in Südasien haben in Erinnerung gebracht, daß wir noch im sicherheitspolitischen Nuklearzeitalter leben.

Allen europäischen Ländern gemeinsam stehen künftig Probleme ins Haus, auf die man noch keine ausreichenden Antworten hat, wie die Möglichkeit der "neuen Qualität" des Terrorismus, die strategische Dimension der Informationskriegführung oder die internationale Kooperation organisierten Verbrechens. Umfassende Sicherheitspolitik hat auch die Grundlagen politischen Handelns zu erfassen, weshalb der Zusammenhang von Selbstbestimmung, Demokratisierung und Friedfertigkeit, die Konfliktmöglichkeiten aus der Unterschiedlichkeit der Zivilisationen und die Bedeutung der Entwicklungshilfe zu untersuchen sind. Wesentliche Elemente heutiger und künftiger Sicherheitspolitik sind schließlich Maßnahmen der Konflikterkennung, Konfliktprävention, des Krisenmanagements und der militärischen Intervention zur Friedenssicherung oder -wiederherstellung.

Sicherheitspolitische Orientierung erscheint dringend erforderlich und das Problembewußtsein für sicherheitspolitische Fragen gehört entwickelt. Im Gegensatz zur klar strukturierten, primär politischen Welt des Ost-West-Konfliktes ist die Welt der Globalisierung noch immer ohne klare Strukturen, zwar ohne offensichtliche direkte Bedrohungen für die Europäer im Augenblick, aber keineswegs ohne Risiken und Gefährdungen.

"Die EU bleibt ein verletzlicher Akteur der Weltpolitik", formuliert *Josef Janning* den Umstand, daß Europa von einer gesicherten Rohstoffzufuhr abhängiger ist als die USA, andererseits "Bezugspunkt vieler Erwartungen auf Marktzugang und Unterstützung aus anderen Teilen der Welt sowie Zielpunkt der großen Migrationsbewegungen" bleibt. Die heutige Lage Europas zeigt sowohl eine Chancenkonstellation als auch das Risiko eines Solidarbruches und einer Identitätskrise: "Die Dynamik der inneren Integrationsentwicklung hat seit der Erfüllung des Binnenmarkt-Programms nachgelassen", auch sind die Konfliktlinien zwischen Nettozahlern und Empfängern schärfer als früher geworden. Janning sieht in der Osterweiterung der EU die

Chance zur Modernisierung von Politik und Struktur der Europäischen Gemeinschaft. Die latent präsente Machtkonkurrenz zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beurteilt *Friedhelm Solms* in seiner Untersuchung der deutsch-französischen Beziehungen für die Weiterentwicklung von NATO und EU pessimistischer. Er sieht die Gefahr, daß die politische Union, von der die Währungsunion nur Vorstufe sein sollte, durch die "grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten von Deutschland und Frankreich" bezüglich Währungsunion und Europäischer Sicherheitspolitik "zerrieben" werden könnten. "Um wirksam agieren zu können, braucht die deutsche Außenpolitik leistungsfähige multilaterale Institutionen und kooperationsbereite Partner". Zu dieser These gelangt *Hanns Maull*, welcher die deutsche Außenpolitik nach der Ära Kohl behandelt. Die "schleichende Entlegitimierung internationaler Institutionen" stellt für Deutschlands Außenpolitik ein besonderes Problem dar, weil sie aufgrund ihrer "Zivilmachtsorientierung" des Multilateralismus bedarf ebenso wie der Unterstützung der Partner in Paris, Washington und Moskau. Zur Beurteilung des Autors, daß Deutschlands Einfluß in der Weltpolitik fürs erste seinen Höhepunkt überschritten hat, ist anzumerken, daß klassische Außenpolitik im Zeitalter der Globalisierung wohl überhaupt nicht mehr das ist, was sie einmal war. *Karsten Voigt* kommt in seinem (schon vor der Bundestagswahl vom Oktober 1998 geschriebenen) Beitrag über eine sozialdemokratische Außenpolitik zum Ergebnis, daß Europa weiterhin mit Institutionen unterschiedlichen Charakters zur Gewährleistung seiner Sicherheit leben müssen, mit einander in Aktivitäten und Zuständigkeiten sich überlappenden Organisationen, denn die vielbeschworene "europäische Sicherheitsarchitektur" wird es niemals geben.

Die "direkter" werdende Nachbarschaft einer erweiterten Europäischen Union mit Rußland wirft ebenso Folgefragen auf, wie die Situation im Mittelmeerraum und die Frage, wie sich die türkische Außenpolitik nach dem Luxemburger EU-Gipfel vom Dezember 1997 entwickeln wird. Ob die Beziehungen zu Rußland bis zu dessen Integration führen könnten, beurteilt *Vitaly Zhurkin*. Realistischerweise sieht er diese Möglichkeit als limitiert, weist aber auch darauf hin, daß man das nicht statisch sehen darf und, daß die Entwicklung der internationalen Situation und die Basis gemeinsamer europäisch-russischer Entwicklung noch Optionen enthalten könnten.

Die Frage, ob "Rußland noch ein Feind" sei, beantworten die Autoren *Martin Malek* und *Richard Pipes* unterschiedlich: "Rußland ist kein Feind mehr", seine Interessen fordern eine pro-westliche Ausrichtung – zu diesem Schluß kommt Richard Pipes. Anders sieht dies Martin Malek, welcher darauf verweist, daß ein "Abrücken vom Widerstand gegen die NATO" aufgrund der "emotionalen Verankerung" dieses Widerstandes in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten ist. Für den Fall, daß Rußland wieder den imperialistischen Weg gehen sollte, nimmt Pipes eine geradezu drohende Haltung ein, was aus der Feder eines Mannes von Gewicht ist, der zum wissenschaftlich-politischen Establishment der USA zählt, eines Landes, das sich eigentlich nur in westlicher Sympathiebeurteilung hinsichtlich seines Nationalismus und imperialistischen Denkens von Rußland unterscheidet. Daß eine Fortsetzung der US-russischen strategischen Beziehungen allein schon aufgrund des Arsenal an Nuklearwaffen unabdingbar ist, ist das Resultat der Analyse von *Olga Alexandrova*.

Die besonders sensiblen Beziehungen zwischen Rußland und den baltischen Staaten werden von *Bo Huldt* und *Aivars Stranga* behandelt. Stranga geht neben der generellen sicherheitspolitischen Situation der baltischen Länder, ihren Wünschen nach NATO-Mitgliedschaft und der Versuche ihrer Herauslösung aus dem russischen Einflußbereich speziell auf die Probleme Lettlands ein, denen zuletzt in russischer Kritik und Rhetorik Priorität eingeräumt wurde. Die russische Politik gegenüber den baltischen Staaten zwecks Wahrnehmung ihrer Interessen und insbesondere der Rechte der dortigen russischsprachigen Bevölkerung dort ist zum Teil Ablenkung von den eigenen innen- und wirtschaftspolitischen Problemen. Gerade wegen seiner inneren Instabilität ist Rußland die größte Herausforderung in der nordischen Region, wie Huldt feststellt. Es ist viel Sensibilität nötig, um durch ein kooperatives Netzwerk Stabilität im

Baltikum zu gewährleisten und es liegt vor allen an den nordischen Ländern selbst, gemeinsam mit EU, OSZE, NATO und den USA eine geeignete Sicherheitsarchitektur für diesen Teil Europas zu errichten.

Daß auch die Türkei eine "europäische Macht" bleiben wird, diese These vertritt *Hüseyin Bağcı*, welcher der türkischen Enttäuschung über die Entscheidung am Luxemburger EU-Gipfel vom Dezember 1997 Ausdruck verleiht. Die Hintergründe dieser Entscheidung formuliert *Udo Steinbach* folgendermaßen: "Das Thema Islam in Europa wird eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. In besonderem Maße trifft dies auf die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer starken türkisch-muslimischen Minderheit zu." Die Frage, wie Europa die Türkei behandeln soll, ist nicht nur unter "abendländischen" Vorstellungen zu erwägen, sondern auch unter strategischen Auspizien, denn die Türkei baut ihre Rolle als Regionalmacht ständig aus. In sicherheitspolitischer Hinsicht könnte Europa die Türkei eines Tages mehr als Partner benötigen als umgekehrt. Eine besondere Rolle für die europäisch-türkischen Beziehungen spielt zweifellos die Zypernfrage, auf die *Ayşe Füsün Arsava* engagiert eingeht. Ein griechischer Zypriote würde das anders schreiben und etwa die Flucht der Griechen bei der türkischen Invasion auf der Insel nicht als "Umzug" bezeichnen. Arsava hat aber absolut recht, daß der Konflikt nicht unabhängig von den Interessen der Türkei gelöst werden kann, und daß der Beitritt Zyperns zur EU letztlich die Frage der Anerkennung der "Türkischen Republik Nordzypern" auf die Agenda brächte. Mit der vom Mittelmeerraum potentiell ausgehenden Sicherheitsproblematik setzt sich *Stephen C. Calleya* auseinander. Wenn die Anrainerländer dieses eurasisch-asiatischen Binnenmeeres einmal das Gefühl haben, ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht mehr lösen zu können und westliche Politiken sich als zu zaghaft erweisen, werden sich die dort ergebenden Risiken vervielfachen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Analyse Zentralasiens "zwischen Machtpolitik und Ölinteressen" (*Curt Gasteyger*), und der Kaspischen Region mit ihren riesigen Erdölressourcen (*Meliha Altunisik*) ebenso geboten, wie die Beschäftigung mit den Ursachen der "strukturellen Friedlosigkeit im Nahen und Mittleren Osten" (*Helmut Hubel*). Wie unterschiedlich die Einschätzungen der Bedeutung ökonomischer Ressourcen in der Region Kaspisches Meer sind, geht auch aus den divergierenden Einschätzungen der dortigen Erdölreserven bei Pipes und Gasteyger hervor. Jedenfalls aber ist in diesem Raum die klassische Geopolitik "zurückgekehrt" und der Wettlauf amerikanischer, (west-)europäischer, russischer und chinesischer Firmen um die Sicherung von Energieressourcen wird Auswirkungen auf die Großmächtebeziehungen haben.

In das Zentrum des Weltinteresses ist China gerückt. Noch ist es allerdings nicht zur Weltmacht aufgestiegen, wie *Xuewu Gu* ausführt. Trotz der Bewährung Chinas in der asiatischen Finanzkrise ist es wirtschaftlich und militärisch noch viel zu schwach, um andere Staaten nach seinem Willen zu beeinflussen. Nach der Analyse von *Kay Möller* wird das auch auf absehbare Zeit so bleiben; es wird nicht die Vormacht in Fernost werden, obwohl es sich seit dem chinesisch-russischen Normalisierungsprozeß strategisch auf präkoloniale Einflußgebiete in Nordost- und Südostasien umorientiert hat. Sowohl Rußland als auch Japan betrachten China mit großer Skepsis und die spektakuläre Aufwertung, die China durch die Clinton-Administration erfahren hat, ist laut Möller extrem konjunkturanfällig. Neben China hat aber auch Indien immer stärker die Rolle einer regionalen Großmacht für sich in Anspruch genommen und mit den Kernwaffentests – zuerst Indiens und dann Pakistans – hat sich Südasiens als Konfliktraum in Erinnerung gebracht. *Rahul Peter Das* beurteilt die Rahmenbedingungen für die sicherheitspolitische Entwicklung in der Region Südasiens. Er kommt zum Schluß, daß die Kernwaffentests die Spannung nicht erhöhen, sondern im Gegenteil eine Deeskalation einleiten könnten – was nicht alle Beobachter so sehen. Für Das liegt die wesentliche Ursache für mögliche künftige Konflikte in Südasiens vielmehr in den Ereignissen in Afghanistan, durch die sich neue Achsen bilden, die auch Auswirkungen auf Europa und die NATO haben können.

Gustav Däniker sieht den internationalen Terrorismus in den neunziger Jahren in einer neuen (quantitativen wie qualitativen) Dimension; neben atomarer, konventioneller und indirekter Kampfführung ist er jene vierte strategische Ebene, welche ein Problem für Ordnungskräfte aller Art darstellt. Die Möglichkeit, daß Terroristen Massenvernichtungswaffen – vor allem biologische Kampfmittel – zum Einsatz bringen können, ist nach Däniker Gegenstand zum Teil geheimer Studien. Das Phänomen des Terrorismus, welches namentlich für westliche Demokratien eine wachsende Gefahr darstellt, könne nur eingedämmt werden, wenn Frontstellungen nach dem Schema "the West and the Rest" aufgegeben werden und Bruchlinien zwischen Kulturen und Zivilisationen im Sinne Huntingtons überwunden werden – zugunsten von Grundwerten in gemeinsamen Verhaltensmustern zur Ächtung und Bekämpfung von Terrorismus. Es mag als Zynismus erscheinen, was eine Tatsache ist: der organisierten Kriminalität gelang es sehr wohl, diese Bruchlinien zu überwinden. Der Beitrag von *Alison Jamieson* belegt, daß eine internationale "Zusammenarbeit" in Form von "strategischen Partnerschaften" zwischen italienischen, japanischen, kolumbianischen, russischen und chinesischen Mafiaorganisationen bereits ange laufen ist.

Die Theorie Huntingtons, daß Zivilisationsgrenzen besonders konfliktrüchig sind, wird von *Erich Weede* bestritten. Er verweist darauf, daß zwischenstaatliche Kriege verglichen mit Bürgerkriegen immer seltener werden – eine kosmopolitische Moral sowie der "Export" von Wohlstand und Demokratie seien realisierbare Alternativen zum Kampf der Kulturen. Auf den Zusammenhang von Demokratie und Friedfertigkeit verweisen auch *Hans-Joachim Heintze* und *Ernst-Otto Czempiel*. Nach Heintze kann "von einem Trend zur Verankerung eines Demokratiepostulats im regionalen Völkerrecht gesprochen werden, der nicht ohne Auswirkungen auf das universelle Völkerrecht bleiben wird". Czempiel beklagt die mangelhafte Demokratisierung der Außenpolitik und geht auf das Sicherheitsdilemma ein, wonach auch Demokratien aufgrund der Struktur des internationalen Systems sich zu einer Sicherheitsvorsorge durch "Verteidigungsaufrüstung" gezwungen sehen.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Wiederaufleben der zahlreichen ethnischen, kulturellen und territorialen Konflikte ergeben sich Erfordernisse von flexiblen Antworten zur Konfliktprävention, letztlich aber auch zur Wiederherstellung des Friedens. *Heinz Gärtner* versucht Antworten darauf zu geben, welche Maßnahmen dazu geeignet sind. Auch der militärischen Intervention kann eine konfliktverhütende Rolle zukommen, aber damit ist äußerst vorsichtig umzugehen. Das ist in der westlichen Praxis ohnedies so; anders war es in der GUS, wo Rußland sich als Ordnungsmacht präsentiert. *Viktor Rykin*, der sich mit der Rolle Rußlands zur Konfliktlösung und -vermeidung in der GUS befaßt, bewertet, daß die Konflikte weniger auf ethnischen Problemen beruhen, als vielmehr im Kampf um die Macht und um wirtschaftliche Privilegien.

Herbert Grubmayr legt einen Erfahrungsbericht über die Aktion "Alba" zur Wiederherstellung der Ordnung in Albanien vor, die zumindest hinsichtlich der politischen Stabilisierungsmaßnahmen erfolgreich war und zu wirtschaftlichem Aufbau und der Verbesserung der sozialen Struktur führen sollte. Auch im südosteuropäischen Krisenraum war es die NATO, die in Bosnien und in gewissen Maße hinsichtlich des Kosovo Präsenz gezeigt und ein neues Verständnis militärischer Intervention zur Friedenswiederherstellung geprägt hat. *Gustav E. Gustenau* untersucht die militärischen Möglichkeiten und die Grenzen, die solchen Aktionen gesetzt sind. Allerdings gilt es festzuhalten, daß – zumindest im Westen – die militärische Intervention zur Friedenssicherung oder -wiederherstellung die Ausnahme bleibt und wohl auch nicht alsbald zur Regel werden wird. *Mir A. Ferdowski* geht von den ernüchternden Erfahrungen der Staatengemeinschaft mit dem "Interventionismus" zur Konfliktbeendigung aus und urteilt, daß die Entwicklungspolitik zunehmend wieder als effektivste und nachhaltigste Form der Konfliktprävention entdeckt würde. Man darf zwar nicht allzu große Hoffnung auf rasche Erfolge durch

Entwicklungspolitik hegen, aber sie ist der richtige Weg und könnte langfristig gesehen mehr leisten als herkömmliche Politik zur bloßen Schadensbegrenzung.

Daß alle politischen und militärischen Konflikte sogenannte "Vorwarnzeiten" besitzen – Signale, welche – werden sie richtig gedeutet – zur Krisenprävention angewandt werden können, zeigt die Arbeit von *Friedrich Korkisch*. In engem thematischen Zusammenhang steht diesbezüglich das Problem der Anwendung moderner Informationstechnologien und ihre strategische Bedeutung. Anders als in den USA ist in der politischen Öffentlichkeit Europas der zunehmend engere Zusammenhang zwischen Schutz der nationalen Infrastruktur und militärischer Sicherheit noch ebenso wenig bewußt wie die zunehmende strategische Abhängigkeit von Informationstechnologien – darauf verweist *Uwe Nerlich* in seinem Beitrag über die strategischen Dimensionen der Informationskriegführung, der eine interessante Information über künftige Krisen und Kriege sowie deren Charakter darstellt.

Die NATO war, ist und bleibt Teil der europäischen Ordnung, so *Michael Rühle*. Ebenso sei die NATO ein politisches Projekt, welches seit ihrem Beginn von drei Faktoren bestimmt wird: Politischen Konsultationsprozessen, militärischen Strukturen und den transatlantischen Beziehungen. "Obgleich alle drei Konstanten ständigen Veränderungen unterworfen sind, bilden sie den unveräußerlichen Wesenskern des Bündnisses." Mit der Rolle der NATO befaßt sich auch *F. Stephen Larrabee*. Die NATO-Erweiterung darf nicht nur territorial gesehen werden, sondern muß auch eine Erweiterung des Horizonts, der Aufgabenstellung und Funktion sein. Die NATO-Mitglieder müssen sich über ihre gemeinsamen vitalen Interessen klar werden, um die entscheidende Herausforderung der Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen im Sinne einer global wirksamen NATO zu bestehen.

Die besondere Problematik der "dauernd Neutralen" Schweiz und Österreich wird von *Ernest Enzelsberger* und *Heinrich Schneider* herausgearbeitet, wobei letzterer den "sicherheitspolitischen Optionenbericht" der österreichischen Bundesregierung einer sehr kritischen Analyse unterwirft. Enzelsberger vergleicht die vorsichtige Öffnung der beiden Neutralen und vermittelt insbesondere einen guten Einblick in die Schweizer Verhältnisse, dem Land mit der bislang geringsten sicherheitspolitischen Öffnung im Westen Europas. Eine gemeinsame Betrachtung der Schweiz und Österreich ist auch im Rückblick auf deren militärstrategische Situation in der Zeit des Ost-West-Konfliktes angebracht. *Hans Rudolf Fuhrer* analysiert das – bruchstückhafte – Wissen über die nachrichtendienstlichen Quellen der ehemaligen DDR; NVA-Truppen waren offenbar nicht für die Operationsziele Schweiz und Österreich vorgesehen. Genauer wird man eines späteren Tages wissen, aber schon heute ergibt sich ein guter Einblick in die Arbeitsweise des Nachrichtendienstes des DDR-Regimes.

Der Anhang enthält eine informative Zusammenstellung von Konflikträumen und Migration von *Egbert Apfelknab*, der vor allem die ethnischen Spannungen und Konfliktpotentiale darlegt, weiters eine sehr übersichtlich aufgebaute Zusammenstellung der österreichischen Beteiligung an Friedensoperationen von *Erwin Schmidl* und eine Chronologie ausgewählter Ereignisse der Sicherheitspolitik von *Peter Kustor*.

Dieses Jahrbuch soll einen Überblick über wichtige Themen der Sicherheitspolitik geben und auf die Bedeutung einzelner Regionen für die globale Entwicklung hinweisen. Neben der Behandlung von Gefahren für die europäische Sicherheit soll insbesondere stärker bewußt gemacht werden, daß deren Rahmenbedingungen im globalen Kontext gesehen werden müssen. Europäische Sicherheit wird heute und in Zukunft wesentlich von der Entwicklung in anderen Regionen mitbestimmt. Deshalb sollten auch die Europäer, insbesondere die Mitteleuropäer, sich daran gewöhnen, global zu denken.

Erich REITER